

A N T R A G

Zutreffendes bitte ankreuzen

auf Erteilung einer

Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 Gaststättengesetz	
Stellvertretungserlaubnis nach § 9 Gaststättengesetz	
befristet	
unbefristet	

zum Betrieb

einer Schankwirtschaft	
einer Speisewirtschaft	
eines Beherbergungsbetriebes	
Gleichzeitig wird eine vorläufige Erlaubnis nach § 11 Gaststättengesetz beantragt.	

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessionsverfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung:

Wer ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1, § 9, § 11 oder § 12 Abs. 1 GastG.

Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Folgende Behörden werden von der Erlaubnisbehörde beteiligt:

- a) die **örtlich zuständigen Ordnungsbehörden** des jetzigen und ggf. des früheren Wohn- und/oder Betriebssitzes,
- b) die für den Betriebsort zuständige **untere Bauaufsichtsbehörde**, ggf. die **für den Arbeitsschutz zuständige Behörde** (bei vorgesehener Beschäftigung von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern) sowie die **Lebensmittelaufsichtsbehörde** (im Falle einer Schank- oder Speisewirtschaft).

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet:

Örtliche Ordnungsbehörde durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides mit Anlagen. Untere Bauaufsichtsbehörde, die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde, Lebensmittelüberwachungsbehörde und – bei ausländischen Antragstellerinnen oder Antragstellern – die Ausländerbehörde durch formlose Mitteilung ohne Anlagen, soweit diese Behörden am Antragsverfahren beteiligt worden sind. Dem zuständigen Finanzamt wird lediglich von befristeten Erlaubnissen eine entsprechende Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 – BGBl. I S. 1554).

1. Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers bzw. der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person oder des nichtrechtsfähigen Vereins
(Bei mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern bzw. Vertretungsberechtigten ist Nummer 1 dieses Antrages für jede Person auszufüllen).

Familienname und Geburtsname, falls dieser vom Familiennamen abweicht:	
Vorname(n):	
Geburtstag und -ort:	
Staatsangehörigkeit:	
Wohnsitz:	
Früherer Wohnsitz: (nicht länger als 3 Jahre zurückliegend)	

Bei Antragstellung für juristische Personen/Gesellschaften / nichtrechtsfähige Vereine:

Firma / Vereinsname:	
Betriebssitz:	
eingetragen im Handelsregister/ Genossenschaftsregister beim Amtsgericht in:	
am/unter Nummer: (Auszug aus dem Register beifügen)	

Ausübung des Gaststättengewerbes als Inhaberin/Inhaber eines Einzelunternehmens bzw. als Vertretungsberechtigte/Vertretungsberechtigter einer juristischen Person/Gesellschaft/eines nichtrechtsfähigen Vereins in den letzten 3 Jahren:	Ja	Nein
--	----	------

Firma / Vereinsname:		
Betriebssitz:		
Antrag auf Erteilung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde ist gestellt:	Ja	Nein
Bei ausländischen Antragstellerinnen/Antragstellern: Führungszeugnis/Leumundszeugnis oder Auszug aus der amtlichen Strafliste (Strafregister) des Heimatstaates ist beantragt:	Ja	Nein
Antrag auf Erteilung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister ist gestellt:	Ja	Nein
Unbedenklichkeitsbescheinigung liegt bei wird nachgereicht		
Ist ein Strafverfahren anhängig?	Ja	Nein
Ist ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit anhängig?	Ja	Nein
Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung anhängig?	Ja	Nein
Unterrichtungsnachweis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 Gaststättengesetz liegt bei wird nachgereicht		

2. Angaben zum Betrieb

Neuerrichtung des Betriebes	
Übernahme eines laufenden Betriebes	
Datum der Eröffnung / Übernahme:	
Betriebssitz:	(Postleitzahl, Ort, Strasse, Hausnummer, ggf. Etage, Nebengebäude, Standort u.s.w.)

Beschäftigung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ist vorgesehen:	
Vorgesehene besondere Betriebsart:	
Besonderheiten für einzelne Räume oder Betriebsteile:	
Einschränkungen für das Verabreichen von Getränken und/oder zubereiteten Speisen	
Abweichungen von der gesetzlichen Sperrzeitenregelung:	
Befristung der Erlaubnis:	

3. Anzahl und Lage der Betriebsräume

(bei Platzmangel die geforderten Angaben bitte auf einem Extrablatt als Anlage dem Antrag beifügen)

Zweckbestimmung	Anzahl	Raum-Nr.	Lage/Etage	Grundfläche in m ²	Deckenhöhe in m
Schank- und Speiseräume					
Beherbergungsräume					
Betten insgesamt:					
Küchenräume					
Kochküche					
Lebensmittellager					
Lebensmittelkühlräume					
Sonstige Betriebsräume					
Toilettenanlagen				Sitzbecken	Urinale
				Damen	Herren
Gästetoiletten					lfd. m
Beschäftigungstoiletten					

Lageplan (Maßstab 1 : 500), Grundrisse und Schnitte (Maßstab 1 : 100) sind beigefügt.

Ich/wir versichere/versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/Uns ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zum Widerruf der bereits erteilten Erlaubnis führen können. Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller

Antrag an: Gemeinde Wentorf bei Hamburg
Der Bürgermeister
Bürgeramt / Frau Pingel
Hauptstrasse 16
21465 Wentorf b. Hmb.